

Farc-Kommandeure vor Gericht: «Opfer werden nie zufrieden sein»

Rund eineinhalb Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs in Kolumbien beginnt die juristische Aufarbeitung der Verbrechen. Die früheren Chefs der Guerilla müssen sich für Tausende Entführungen verantworten.

13.7.2018, 05:04 Uhr

(dpa) Jahrzehntlang mordeten, plünderten und entführten die Farc-Rebellen in Kolumbien - jetzt muss sich die Führungsriege der linken Guerillaorganisation erstmals vor Gericht verantworten. Für Freitag hat die Sonderjustiz für den Frieden (JEP) 32 ehemalige Anführer der Farc vorgeladen. In dem ersten Verfahren geht es um bis zu 8500 Entführungen in den Jahren 1993 bis 2012.

«Die juristische Aufarbeitung der während des Konflikts verübten Verbrechen ist eine wichtige Komponente des Friedensprozesses», sagt Kai Ambos, Professor für internationales Strafrecht an der Universität Göttingen. «Es ist entscheidend, dass die Täter in irgendeiner Weise zu Verantwortung gezogen werden.» Ambos unterstützt die Sonderjustiz in Kolumbien als externer Berater.

Unter den Verdächtigen sind die früheren Farc-Kommandeure Rodrigo Londoño, Iván Márquez, Pablo Catatumbo, Carlos Antonio Lozada und Jesús Santrich. Sieben der 32 Vorgeladenen sind für die im Friedensvertrag garantierten Parlamentssitze vorgesehen.

Zunächst sollen die Angeklagten am Freitag mit den Vorwürfen konfrontiert werden. «Nach dem ersten Gerichtstermin geben wir ihnen Zeit, sich vorzubereiten und rufen sie dann dazu auf, Stellung zu beziehen. Die Kammer erwägt zudem eine Vernehmung von Opfern», sagte Richterin Julieta Lemaitre.

Bürgerkrieg mit 220 000 Toten

In der Anklageschrift der Generalstaatsanwaltschaft wird zunächst ganz allgemein die Entführungsstrategie der Farc beschrieben, die ihren bewaffneten Kampf unter anderem mit der Erpressung von Lösegeldern finanzierten. «Es dürfte schwer werden, den Farc-Anführern die Verantwortlichkeit für einzelne Entführungen nachzuweisen», sagt Jura-Professor Ambos. Die Ermittler setzen wohl darauf, dass die Ex-Kommandeure ihre Taten einräumen, um Strafnachlass zu erhalten.

Die Sonderjustiz ist einer der wichtigsten Pfeiler des Friedensabkommens, mit dem die kolumbianische Regierung und die Farc Ende 2016 den jahrzehntelangen Bürgerkrieg mit 220 000 Toten und Millionen Vertriebenen beilegte. Für geständige Täter wurden Höchststrafen von maximal acht Jahren vereinbart. Neben Gefängnisstrafen kann das Tribunal auch andere Sanktionen verhängen. Beispielsweise ist denkbar, dass die ehemaligen Farc-Chefs ihre Strafen in landwirtschaftlichen Kooperativen verbüßen.

Gerade wegen der relativ milden Strafen für die Drahtzieher schwerster Verbrechen ist der Friedensvertrag in Kolumbien sehr umstritten. «Wir werden die Opfer nie zufriedenstellen», räumt Strafrechtsexperte Ambos ein.

Die Farc-Guerilla machte ihnen das Leben zur Hölle:
Weshalb Stigmata und Ängste die Wahl in Kolumbien
entscheiden werden



Die Stichwahl in Kolumbien ist eine echte Richtungsentscheidung zwischen rechts und links. Bei der Wahlentscheidung von Farc-Opfern spielen Rache, Hass und Vergebung eine wichtige Rolle.

Nicole Anliker, Medellín / 15.6.2018, 05:30

Abtrünnige Guerilleros töten Journalisten in Kolumbien

26.6.2018, 04:57

KOMMENTAR

Quittung für einen mangelhaften Friedensprozess in Kolumbien



Die Wähler in Kolumbien haben sich am Sonntag für einen Präsidenten entschieden, der ein ausgesprochener Gegner des Friedensabkommens mit der Farc-Guerilla ist. Deren Rückkehr zum bewaffneten Kampf ist trotzdem eher unwahrscheinlich.

Werner J. Marti / 18.6.2018, 09:46

Wagen Sie den anderen Blick mit unlimitiertem Zugang zur digitalen NZZ

[Jetzt für 1 Euro 1 Monat testen.](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.